

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P. XIX/46

Bonn, den 6. März 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:Zeilen:

1	Koalitionsklina ----- Misstrauen bestimmt das Verhältnis der Partner	45
2 - 3	Deutschland, wo sind deine Altersheime ? ----- Mangelnde Vorsorge des Gesetzgebers Von F. G. Hütel	66
3	Baulandaktion - ein Schlag ins Wasser ----- Dollingers großes Spiel mit kleinen Zahlen	24
4	Angst vor "heißen Eisen"? ----- Schwierige Lage des Bundesjustizministers	42
5 - 6	Vater des Wohlfahrtsstaates ----- Tege Erländer - Architekt des modernen Schweden	73

Chefredakteur Günter Markscheffel

Koalitionsklima

sp - Der Streit um das Kindergeld und die heillose Verwirrung, die er auslöste, warf ein bezeichnendes Licht auf das Verhältnis der Koalitionspartner zueinander. Unionspolitiker, der ständigen Zerwürfnisse mit den Freien Demokraten müde, sprachen in diesen Tagen sogar von einem Rücktritt der Regierung Erhard und von Neuwahlen. Soweit ist es freilich nicht. Das Zornstoben in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion veranschaulichte die FDP-Fraktion kroch zu Kreuze, doch das Regierungsschiff hat weiterhin Schlagseite. Die so betuliche "Frankfurter Allgemeine" sieht sich zu der Bemerkung veranlaßt, es komme immer wieder die Frage auf, "die sich jüngst angesichts des blamablen Herumzerrens an dem sogenannten Sozialpaket gestellt hat - die Frage, ob man es beim parlamentarischen Koalitionspartner mit einem führungslosen Haufen zu tun habe". Sie läßt die Frage offen; am Schluß ihrer sorgenvollen Betrachtung kommt sie zu der Feststellung, es kündigten sich noch ernstere Differenzen zwischen den beiden Koalitionspartnern an, die zu einer regelrechten Regierungskrise führen könnten. Diese bittere Kritik entspricht nicht ganz der Wirklichkeit, diese ist nämlich noch schlimmer.

Die Ursachen der Bonner Malaise sind auf den Wahlausgang von 1961 zurückzuführen. Damals verlor die machtgewohnte CDU/CSU ihre absolute Mehrheit im Parlament; sie war genötigt, nach langen Jahren der Alleinherrschaft sich wieder auf die Suche nach einem Koalitionspartner zu begeben. Dazu kamen und kommen die Schwierigkeiten und Reibereien im eigenen Lager. Und vielleicht auch ein bißchen schlechtes Gewissen. Die Kräfte, die Adenauer als Bundeskanzler durch Erhard ersetzen, fühlen sich in ihren Erwartungen nicht bestätigt, strahlt doch von dieser Regierung nicht jenes Selbst- und Machtbewußtsein aus, von dem viele innerhalb der CDU/CSU das Heil ihrer angeschlagenen Partei erhofften. Dem Kurs, den die Regierung einschlug, fehlt Stetigkeit und Zielstrechtigkeit. Sie, die Regierung, läßt die Dinge treiben, ja sie brängt nicht einmal mehr den Mut auf, sich von einem Minister zu trennen, dessen Versagen als Bundesarbeitsminister auf schmachvolle Weise zutage trat.

Solange Adenauer auf dem Zenith der Macht stand, seine Partei zur bestimmenden politischen Kraft in der Bundesrepublik werden ließ, war die CDU/CSU so etwas wie ein monolithischer Block, geschlossen nach innen, unangreifbar von aussen, begünstigt von internationalen Konstellationen. In der neuen Lage und unter der Kanzlerschaft Erhards kommen zentrifugale Kräfte innerhalb dieser Partei stärker zur Wirkung und in verschiedenen Persönlichkeiten symbolisieren sich einander widerstrebende Tendenzen. Wer will etwa bestreiten, daß der Gaullismus innerhalb der stärksten Regierungsfraktion wachsende Sympathien genießt und die Atlantiker in die Defensive drängt? Das weihnachtliche Ja zum Berliner Passierscheinabkommen und seine nachträgliche Verwerfung und Diffamierung legen den Zustand dieser Partei bloß und gibt den Freien Demokraten die willkommene Gelegenheit, die Rolle der Opposition innerhalb der Regierung zu spielen und den Partner zu demütigen, was wiederum bei diesem das Verlangen nach Züchtigung erwecken läßt.

Es zeigt sich, daß das gemeinsame Streben mächtiger Gruppen innerhalb der beiden Koalitionspartner, die deutsche Sozialdemokratie von der Mitgestaltung an der Regierungsverantwortung fernzuhalten, kein tragfähiges Fundament für eine funktionierende, sich ihrer Kraft bewußte und ihre zu verfolgende Politik sichernde Regierung findet. Wo Mißtrauen und Argwohn herrschen, das Verhältnis der Partner zueinander bestimmen, gehen die großen Ziele verloren; so entsteht der Eindruck eines führungslosen Haufens, der seine Energien im Kleinkrieg verzettelt. - dies bezieht sich nicht allein auf die FDP.

Deutschland, wo sind deine Altersheime ?

Mangelnde Vorsorge des Gesetzgebers

Von F. G. Hüttl

Unsere Demokratie ist immer auf der Suche nach Demokraten, und alle gesetzgebenden Körperschaften sündigen auf die fromme Vorstellung hin, daß "ihre nur zum Wohle aller Staatsbürger geschaffenen Gesetze" bei den Demokraten richtig und wohlbehalten ankommen werden. Sie bedenken gar nicht, daß sich draußen im Volke das Für und Wider zu gesetzlichen Maßnahmen erst dann entwickelt, wenn deren Durchführung mit sanfter Gewalt beginnt. Somit entstehen die Reaktionen meist zeitlich viel später, wenn das gesetzgebende Tun und Lassen der Parlamentarier längst anderen Paragraphen gilt.

So auch bei den "weißen" und "schwarzen" Kreisen der Wohnungsmieten. Die lichtvollen Ausführungen des Herrn Bundeswohnungsministers Lücke versuchen wohl den Betroffenen auf der Mieter- und Vermieterseite die nur teilweise Aufhebung der Mietpreisbindungen durch Heranziehung von neuen Richtlinien und einem ganz neuen Mietpreisgefüge schmackhaft zu machen, ohne zu bedenken, daß der brave Bürger an den schwarzen und weißen Kreisen die Gleichheit vor dem Gesetz unangesehen sieht, woraus er schlußfolgern muß, daß dieser Fragenkomplex noch nicht zur allgemeinen gesetzlichen Neuordnung reif ist. Kein Mieter hätte sich geweigert, mit sich wegen einer Regulierung der Mieten in jenen Altbauwohnungen reden zu lassen, wo der Altmietpreis weit unter dem ortsüblichen Mietpreis liegt. Man hätte getrost den örtlichen Schiedsmann nehmen können, der auf Antrag des Vermieters oder auch des Mieters im guten Einvernehmen eine günstigere Ertragslage der Altbauwohnungen hätte aushandeln können.

Mit der Aufhebung der Mietpreisbindungen aber hat sich das Gewicht der Wohnungsmisere auf die juristische Seite verlagert und damit verschärft. So wie sich die meisten Vermieter gedacht haben, die billigen Mietenzahler in hohen Bogen hinauszufeuern, ging es natürlich auch nicht. Die Mietensteigerungen, die den Hausbesitzern einen gerechten Anteil an dem Wirtschaftswunder bringen sollen, haben auch oben eine Grenze, über die eben die Preisbehörde zu befinden hat. Das wüste Kündigen und Androhen von Räumungsklagen hat besonders in jenen Gemeinden der "schwarzen Kreise" böses Blut gemacht, die infolge ihrer günstigen Lage zu den Alpen bereits in den bunten Werbeblättern enthalten sind. Da werden ganze Häuser frei gemacht und für den Eigenbedarf beansprucht, weil man ja für die kommenden Sommerfrischler geeigneten Wohnraum braucht.

Betroffen sind hier besonders Rentnerhepaare, die infolge der kleinen Sozialrenten sich mit kleinen und Kleinstwohnungen begnügten. Sie haben bisher alle Verteuerungen auf der breiten und langen Skala des täglichen Bedarfs durch Zurückschrauben der Ansprüche für den Magen, für Beheizung und Beleuchtung wie für Bekleidung abgewehrt. In Augenblick aber, da man ihnen die gerade noch als einfache und Notwohnung zu bezeichnende Behausung nimmt, stehen diese Menschen vor der Unmöglichkeit einer Wohnungssuche! Denn die Aufhebung der Mietpreisbindungen in den "weißen Kreisen" hat auf dem flachen Land nur in ganz seltenen Ausnahmefällen zur Schaffung von Mietwohnungen geführt, als vielmehr zur Errichtung von Eigenheimen, deren nutzbare Wohnflächen gerade noch für einen Raum zur Sommerfrischleraufnahme ausreichen! Die mangelnde Vorsorge des Gesetzgebers erstreckt sich

hier von der Kleinst- und Kleinwohnung bis zu dem noch immer mangelnden Angebot von verbilligtem Wohnraum in den nicht vorhandenen staatlichen und weltlich geleiteten Altersheimen. So klingt es wie ein Kotzschrei: Deutschland, wo sind deine Altersheime?

Gewiß, man verweist auf die von karitativen Körperschaften da und dort errichteten Heime und Behelfsaltersheime, die von den jeweiligen Bezirksfürsorgeverbänden der zuständigen Landratsämter zur Aufnahme von alten Menschen herangezogen werden. Der auszufüllende Fragebogen ist wie die Vermögensbloßlegung zum Offenbarungseid. Für alle alten Menschen kommt unweigerlich der Zeitpunkt, wo sie sich selbst nicht mehr häuslich sauber versorgen können, wo sie die Hilfe Dritter in Anspruch nehmen müssen. Das war schon immer so und wird sich anscheinend auch in Zukunft nicht ändern. Dadurch ist erwiesen, daß dieses brennende soziale Problem bisher gräßlich vernachlässigt wird. Immer wieder handelt es sich natürlich um die Minderbemittelten, die dann bis zum Ende das bittere Gefühl haben müssen, von Almosen des Staates das Dasein fristen zu müssen.

+ + +

Baulandaktion - ein Schlag ins Wasser

Dollingers großes Spiel mit kleinen Zahlen

sp - Die mit großem Propagandaaufwand vor Jahren gestartete Baulandaktion des Bundes - sie sollte den Mangel an Bauland zu erschwinglichen Preisen beheben oder wenigstens beheben helfen - war ein Schlag ins Wasser. Wellen hat sie nirgendwo geschlagen, wanngleich natürlich jene, die vom Bund ein Grundstück erhalten konnten, recht befriedigt gewesen sein dürften. Aber wie gesagt: eine Aktion, die nachträglich noch die überzogene Propaganda aus den Jahren 1958/59 gerechtfertigt hätte, wurde es nicht. Was an den vom Bundesschatzministerium veröffentlichten Zahlen unschwer abzulesen ist.

Im Vorfeld baden-württembergischer Wahlen, anlässlich eines Besuchs in Konstanz am Bodensee gefiel sich Bundesschatzminister Dr. Dollinger (der den Beginn der Aktion aber gar nicht persönlich zu verantworten hat) mit einem weder von der Sache noch vom Erfolg her zu rechtfertigenden Zahlenspiel:

"Von 1. Januar 1958 bis zum 31. Dezember 1963 wurden vom Bund insgesamt 8740 Grundstücke mit einer Flächengröße von 6300 ha für 487,8 Millionen DM verkauft. Das sind täglich vier Grundstücke in einer Größe von 3,8 ha und mit einem Wert von 225 833 DM oder pro Minute, Tag und Nacht, 26,4 Quadratmeter für 157 DM. Je Kopf der Bevölkerung der Bundesrepublik entfallen in diesen sechs Jahren 1,5 m²".

Das verschlägt selbst einem unvoreingenommenen Betrachter beinahe die Sprache. Alt-Kanzler Adenauer hätte aber zu seiner Zeit als Regierungschef zu den Rechenkünsten seines Schatzministers sicher noch hinzugefügt: "Also doch ne große Erfolg!"

+ + +

Angst vor "heißem Eisen" ?

Schwierige Lage des Bundesjustizministers

H.B.: - Die Bundesregierung hat die Absicht, einen Gesetzentwurf im Bundestag einzubringen, der die freiwillige Sterilisation und Kastration endlich regeln soll. Bundesjustizminister Dr. Ewald Bucher (FDP) hat dies in einer der letzten Fragesunden des Bundestages aufgrund einer parlamentarischen Frage des SPD-Abgeordneten Dr. Müller-Emmert, des stellvertretenden Vorsitzenden des Sonderausschusses Strafrechtsreform des Bundestages, bestätigt. Auf Zusatzfragen des Abgeordneten erklärte sich der Minister aber außerstande, bereits Verbindliches über den Inhalt des Gesetzentwurfs zu sagen, da die Erörterungen nicht einmal das Stadium eines Referententwurfs erreicht hätten. Sicher sei lediglich, daß eine gesetzliche Regelung auf der Grundlage der Freiwilligkeit basieren werden.

Als Grund für Sterilisation oder Kastration werde etwa infrage kommen, was in dem Anfang März veröffentlichten Urteil des Bundesgerichtshofs vom 13. Dezember 1963 enthalten sei. Da es auch um schwierige medizinische Fragen gehe, werde es sich nicht vermeiden lassen, noch einige "sachverständige Stellen" zu hören.

An und für sich ist es erfreulich, daß der Bundesjustizminister vor dem Parlament die Bereitschaft der Regierung bekräftigte, die Rechtslage im Bereich der freiwilligen Sterilisation durch ein Gesetz zu klären. Im Falle des Arztes Dr. Bohrn, der eine große Zahl von Frauen aus gesundheitlichen oder sozialen Gründen durch eine Tubenligatur unfruchtbar gemacht hatte, war das Fehlen klarer Rechtsgrundsätze zuletzt besonders deutlich geworden. Nicht ohne weiteres ist es dagegen verständlich, daß der Bundesjustizminister sich noch nicht in der Lage sah, die Vorstellungen der Regierung zu konkretisieren. Denn bei der ersten Lesung zur Reform des Strafrechts hat am 28. März 1963 Justizminister Bucher erklärt, die Verhandlungen wegen der freiwilligen Sterilisation zwischen dem Justiz- und dem Gesundheitsministerium seien abgeschlossen. Ganz offensichtlich ist man über dieses Stadium - ein Jahr später - noch nicht hinausgekommen.

Unwahrscheinlich ist aber, daß es in erster Linie darauf ankomme, zu den schwierigen medizinischen Fragen noch "sachverständige Stellen" zu hören, denn die Fachfragen sind doch, wenn man Dr. Buchers Ausführungen vom März des vergangenen Jahres folgen will, zwischen Gesundheits- und Justizministerium schon vor gut einem Jahr abgeschlossen worden. Es spricht dagegen sehr viel dafür, daß aus politischen Gründen, vielleicht gar aus koalitionspolitischen Erwägungen, das "heiße Eisen" nicht angefaßt wird.

Auf die Dauer kann sich niemand damit abfinden, daß die Klärung dieser Rechtssituation den Gerichten überlassen wird. Zum Problem der Kastration hat dies gerade in dem vor wenigen Tagen veröffentlichten Urteil des IV. Strafsenat des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe getan. Der Senat hat die Entmannung für zulässig erklärt, "wenn sie das einzige ärztliche Mittel ist, um einen Menschen von einem entarteten Trieb zu befreien" und der Betroffene mit dem Eingriff einverstanden ist. Dennoch wird es unerlässlich sein, auch die noch offen gebliebenen Probleme anzupacken. Dem Bundesjustizminister traut man diesen Mut auch zu. Aber Dr. Bucher steht ja bekanntlich des öfteren allein auf dem weiten Flur zum Bonner Kabinett ...

Vater des Wohlfahrtsstaates

Tage Erlander - Architekt des modernen Schweden

Bevor das "Wein" de Gaulles zu der Aufnahme Großbritanniens und der anderen Staaten der EFTA in die EWG im Januar 1963 bekanntgeworden war, gab es ein europäisches Land, dem es gleichgültig war, was de Gaulle sagen würde. "Schweden zieht den Weg der Assoziation vor. Es ist gewiß kein einfacher Weg, aber wir machen es in den Bewußtsein, daß wir zu den besten Kunden des Gemeinsamen Marktes gehören. Die Deutschen sind realistisch genug, um zu verstehen, was das auto-dichteste Land Europas (jeder fünfte Schwede hat ein Auto, oder ungefähr ein Auto pro Familie) als Markt bedeutet!"

Der Mann dieser sehr selbstbewußten Worte ist schwedischer Ministerpräsident, der Baumeister und Architekt des schwedischen Wohlfahrtsstaates und ein heidiger Gast der Bundesrepublik und Berlins.

Der heute 65 Jahre alte Tage Erlander wurde als Sohn eines Kantors in Mittelschweden geboren. Er studierte Mathematik, Statistik und Volkswirtschaft, interessierte sich aber fast ausschließlich für Politik. Er fand schnell den Weg zur Sozialdemokratischen Partei und wurde im Laufe kurzer Zeit in ganz Schweden als ein hervorragender Redner bekannt.

Bei den Parlamentswahlen 1932 kam zum ersten Male eine sozialdemokratische Regierung an die Macht. Der 31 Jahre alte Tage Erlander wurde als Experte für Arbeitsfragen in das Finanzministerium geholt und blieb seitdem in der schwedischen Regierung. 1944 wurde er Sonderminister und leistete sehr wertvolle Arbeit für Tausende von Dänen und Norwegern, die vor den Nationalsozialisten in ihren Heimatländern nach dem neutralen Schweden fliehen mußten.

Sehr früh fing Erlander an, seine Theorien über den Sozialstaat oder den Wohlfahrtsstaat zu entwickeln. Schon während des Krieges wurde eine neue, großzügige Familienpolitik durchgeführt. Seine Kindergeldreform von 1947 war der Durchbruch einer Sozialpolitik, die ohne Beispiel in der Welt ist.

In der Zeit von 1939 bis 1945 wurde Schweden von einer Koalition regiert, an der alle demokratischen Parteien teilnahmen, an der Spitze der Sozialdemokrat Per Albin Hansson. Nach seinem Tode 1946 übernahm

Erländer die Führung einer Regierung, die nun nur aus Sozialdemokraten bestand. Gleichzeitig wurde Erländer auch zum Ersten Vorsitzenden der schwedischen Sozialdemokratischen Partei gewählt.

In diesen 16 Jahren hat Erländer nie seinen Posten verlassen, er hat die Regierungspolitik in einer festen und gleichzeitig elastischen Weise geführt.

Sein Hauptziel, den Wohlfahrtsstaat, hat er immer weiter geplant und immer weiter durchgeführt, Krankenversicherung, Altersversorgung für die gesamte Bevölkerung, und eine Demokratisierung des gesamten Schulwesens (Schweden hat neuerdings den Studentenlohn eingeführt) sind Reformen, die das alte feudale Schweden in ein Land der sozialen Demokratie umgewandelt hat.

Die Reformen und der hohe Lebensstandard (Schweden liegt hier an der ersten Stelle in Europa) sind ohne Zweifel die Hauptgründe der Regierungstabilität. Obwohl die bürgerliche Opposition den allergrößten Teil der schwedischen Presse beherrscht, gab es nach dem Kriege nur sozialdemokratische Regierungen. Bei der letzten Wähler 1962 bekam die Regierungspartei 50,6 Prozent der Stimmen, das ist die größte Stimmzahl, die in mehr als 20 Jahren in Schweden erreicht worden ist.

Erländer hat auch stets gewußt, welcher außenpolitischen Linie sein Land folgen muß. Neutralität ist nun einmal in Schweden politisches Glaubensbekenntnis, dies bedeutet aber keine Neutralität in einem für den Westen negativen Sinn. Obwohl Schweden selbst nicht an dem westlichen Verteidigungsbündnis teilnimmt, hat die westliche Welt in einer politischen Krise einen zuverlässigen Bundesgenossen mit einer starken Armee. Erländer hat auch nicht an der großen Bedeutung der UN gezweifelt, und dieser Glaube ist es, der Schweden immer wieder seine Soldaten den Vereinten Nationen zur Verfügung stellen läßt. Die schwedischen "Blauhelme" versehen gerade jetzt ihren wertvollen Dienst in Kongo.

Zuletzt ein kleines und typisches Beispiel von dem heutigen Schweden:

Als Erländer seine jetzige Deutschlandreise vorbereitete, fragte er seine Frau Aina, ob sie nicht mitkommen könnte und für ihn Dolmetschen, da seine eigenen Deutschkenntnisse nicht gerade auf der Höhe sind. Das wollte Frau Aina gern. Sie ist aber Studienrätin auf einem Stockholmer Gymnasium, und da sie keine Stellvertreterin finden konnte, mußte sie zu Hause bleiben. Frau Ministerpräsident zu sein, nützte da nichts.

Stein Viksveen